

Wildwuchs der Windparks in Ostthüringen gestoppt - Vorranggebiete reduziert

Die Planungsgemeinschaft der Landräte und Bürgermeister verabschiedet einen neuen Entwurf der Vorranggebiete.



Windpark im Abendrot. Foto: Peter Riecke

Gera. Großer Bahnhof bei der jährlichen Sitzung der Regionalen Planungsgemeinschaft Ostthüringen am Freitag in Gera. Über 50 Gäste waren gekommen, um zu erleben, wie das Thema Windkraft künftig gehandhabt wird. Sie wurden enttäuscht. Es gab keinen Schlagabtausch, kein Abwägen gegensätzlicher Standpunkte, noch nicht einmal eine Diskussion. Stattdessen ein Abklappern der Tagesordnung, Abstimmung per Handzeichen und Schluss. Darum nutzten zahlreiche Besucher im Anschluss die Gelegenheit und richteten ihre Fragen direkt an Martina Schweinsburg (CDU), als Greizer Landrätin zugleich Präsidentin der Planungsgemeinschaft. „Neues Spiel, neues Glück. Ich kann nicht mehr machen als Zeit schinden“, sagte Schweinsburg etwa zu den Absichten der Landesregierung, rund ein Prozent der Fläche als Vorranggebiete auszuweisen.

Über 7700 eingereichte Stellungnahmen

Wie berichtet, war der Regionalplan Wind, den die Planungsversammlung im Jahr 2012 beschlossen hat, wiederholt vor Gerichten gescheitert. Investoren sind bis vor das Bundesverwaltungsgericht gezogen und haben regelmäßig das Recht bekommen, ihre Windräder zu errichten. Teilweise auch gegen den Widerstand der Städte und Gemeinden und außerhalb der ausgewiesenen Vorranggebiete.

In ausgewiesenen Flächen wie dem Windpark Mohlis darf weitergebaut werden. Doch die Regeln für Vorranggebiete haben sich verschärft.

Mit der heute beschlossenen öffentlichen Auslegung des zweiten Entwurfs hat dieser allerdings eine „Planungs- und Veranschlagungsreife“ erlangt. Laut Schweinsburg ist es Investoren damit nicht mehr möglich, Bauanträge für Bereiche einzureichen, die nicht in ausgewiesenen Wind-Vorranggebieten liegen. Diese sind noch dazu stark geschrumpft. Hatte die Planungsgemeinschaft im ersten Entwurf 0,88 Prozent der Fläche Ostthüringens ausgewiesen, sind nach Bearbeitung der über 7700 eingereichten Stellungnahmen nur noch 0,4 Prozent übrig geblieben, die als geeignete Standorte infrage kommen. „Wenn es zum Beispiel in der Einflugschneise eines Flugplatzes liegt, fliegt das Vorranggebiet raus – das war in Rudolstadt und Altenburg der Fall“, erklärt Martina Schweinsburg.

„Heute war wichtig, dass die allgemeine Privilegierung aufgehoben wird, um weiteren Wildwuchs zu verhindern“, zog sie ihr Fazit. Dabei passierten die beiden getroffenen Beschlüsse denkbar knapp das Gremium der Landräte, Bürgermeister und VG-Vorsitzenden. Mit jeweils 22 von 32 möglichen Ja-Stimmen wurde die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit exakt erreicht.

Doch bis der „Wildwuchs“ effektiv eingedämmt werden kann, ist es noch ein weiter Weg. Ab Januar werden die Unterlagen mit den beabsichtigten Vorranggebieten dann für die Öffentlichkeit verfügbar sein, bis Ende März können diese eingesehen werden und Einsprüche geltend gemacht werden. Es stünden noch Vogelschutzgutachten aus, die aber im Februar fertig sein werden, so dass deren Ergebnisse auch noch berücksichtigt werden könnten, so Schweinsburg.

„Allein zu sagen: ‚Wir wollen das nicht‘ reicht nicht aus. Wir brauchen rechtlich belastbare Gründe“, erklärte die Landrätin ein ums andere mal den Ratsuchenden. Auch Schmöllns Bürgermeister Sven Schrade (SPD) hatte eine Frage zum Windpark Mohlis, die er eigentlich vor der Abstimmung stellen wollte. Weil die Präsidentin der Planungsgemeinschaft ankündigte, dass sie zur Beantwortung erst die Öffentlichkeit ausschließen müsse, stellte Schrade seine Frage aber zurück bis zum Ende der Sitzung. Weitere Anfragen der Mitglieder der Planungsversammlung erfolgten darum nicht.